Unterrichtung
über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates Immert
am Dienstag, dem 29. Januar 2013
um 19.00 Uhr im Schulungsraum der Feuerwehr in Immert

Ortsbürgermeister Weinig eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte fest, dass der Rat nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen war. Seitens der Ratsmitglieder wurden gegen Form und Frist der Einladung keine Bedenken erhoben. Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. 2. Anhörung der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV (LEP IV) Kapitel 5.2.1 Erneuerbare Energien.
3. Fortentwicklung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im Hinblick auf Windenergie und Photovoltaik.
4. Sonstiges und Informationen.

TOP 1: **Einwohnerfragestunde**

Hierzu gibt es nichts zu protokollieren

TOP 2: **2. Anhörung der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms IV (LEP IV) Kapitel 5.2.1 Erneuerbare Energien**

Unter Hinweis der Vorlage zu TOP 2 informierte der Vorsitzende den Rat über die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramm. Der Rat hat keine Bedenken zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungskonzeptes (LEP IV).

TOP 3: **Fortentwicklung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im Hinblick auf Windenergie und Photovoltaik**

In diesem Zusammenhang wies man zunächst darauf hin, dass der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf in Würdigung des vom Land Rheinland-Pfalz ausgegebenen Ziels, bis 2030 bilanziell den Verbrauch des Stroms zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu gewinnen und die Stromerzeugung aus der Windkraft bis zum Jahr 2020 zu verfünffachen, die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans in den Teilgebieten „Windkraft“ und „Photovoltaik“ beschlossen. Damit möchte sich die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf aktiv an der Umsetzung der Energiewende beteiligen, indem sie die Voraussetzungen dafür schafft, weitere Flächen für Windkraft freizugeben und ergänzend besonders geeignete Standorte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen bereitzustellen. Gleichzeitig ist Ziel des Flächennutzungsplans, die nachteiligen Auswirkungen von Windkraft- und Photovoltaikanlagen auf Mensch und Umwelt durch Konzentration

auf bestimmte, möglichst konfliktarme Standorte zu steuern. Allerdings ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den Inhalt des Schreibens von Herrn Landrat Gregor Eibes vom 20. Juni 2012 hinzuweisen und wird wie folgt auszugsweise zitiert:

Bauplanungsrechtlich besteht laut Mitteilung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord vom 19. Juni 2012 derzeit folgende Situation:

Die Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ des LEP IV befindet sich derzeit in der Aufstellungsphase. Mit der Rechtskraft ist bei optimistischer Betrachtungsweise nicht vor Ende des ersten Quartals 2013 zu rechnen. Erst danach sind Raumordnungsplan- und Flächennutzungsplanänderungen möglich. Derzeit wäre bei immissionsschutzrechtlichen Anträgen auf Genehmigung von Windenergieanlagen die derzeitige Rechtslage anzuwenden. Diese sieht eine Genehmigungsfähigkeit nur in ausgewiesenen Vorranggebieten vor. Mit einer Genehmigungsfähigkeit nach Immissionsschutzrecht ist voraussichtlich nicht vor Ende 2013/Anfang 2014 zu rechnen.

Dennoch sind Überlegungen zur Fortentwicklung des Flächennutzungsplans zum derzeitigen Zeitpunkt außerordentlich sinnvoll, da in einem sogenannten Gegenstromprinzip der Regional- und Flächennutzungsplan parallel aufgestellt werden kann. Zu diesem Zweck beauftragte man im Juni 2011 das Planungsbüro B.K.S. Ingenieurgesellschaft für Stadt-, Raum- und Umweltplanung mbH aus Trier in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsplanungsbüro Karlheinz Fischer aus Trier mit einer Vorstudie. Zielsetzung dieser Vorstudie ist die Ermittlung von Standorten, die aus städtebaulichen und Umweltgesichtspunkten für die Errichtung von Windkraftanlagen geeignet sind. Zur Standortbestimmung für Windkraftanlagen ist ein mehrstufiges iteratives Verfahren notwendig.

1. In einem ersten Bearbeitungsschritt werden Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen anhand der Überlagerung sogenannter „harter“ Ausschlussgebiete ermittelt, um die Standortauswahl im Sinne von Prüfflächen für den zweiten Bearbeitungsschritt einzuengen. Harte Ausschlusskriterien ergeben sich durch
 - a) verbindliche Vorgaben der übergeordneten Planung im vorliegenden Fall des Raumordnungsplans,
 - b) Schutzgebiete und Objekte, die seitens der Landesregierung als Ausschlussgebiete für Windkraftanlagen allgemeingültig festgelegt wurden oder bei denen von einer Unverträglichkeit von Windkraftanlagen mit der Bestimmung der Schutzgebietsverordnung auszugehen ist und
 - c) den einzuhaltenden Mindestabstand zu Siedlungen.
2. Im zweiten Bearbeitungsschritt werden die Prüfflächen außerhalb der Gebietskategorie mit Ausschlusskriterien einer differenzierten Bewertung untersucht. Grundlage für diese vorzunehmende Standortbewertung unter Abwägung von Standortempfehlungen bilden unter anderem folgende Fachgutachten:
 - Risikoanalyse Landschaftsbild und Erholung im Hinblick auf die Beurteilung von Windkraftstandorten des Landschaftsplanungsbüros Karlheinz Fischer aus Trier vom Mai 2012,
 - Risikoanalyse Arten- und Biotopschutz im Hinblick auf die Beurteilung von Windkraftstandorten des Landschaftsplanungsbüros Karlheinz Fischer aus Trier vom Juni 2012.

Inzwischen hat man auf Grundlage dieser Bearbeitungsschritte die Abgabe einer landesplanerischen Stellungnahme gemäß § 20 Landesplanungsgesetz bei der zuständigen Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich beantragt.

Auf Grundlage der bekannten landes- und regionalplanerisch vorgesehenen Ausschlusskriterien einschließlich der Aussagen aus den bezeichneten Fachgutachten ent-

wickelten die beauftragten Planungsbüros die den Ratsmitgliedern vorliegende **Karte 0** mit Kennzeichnung der verbleibenden Potentialflächen für Windenergie im hiesigen Verbandsgemeindegebiet.

Im nächsten Bearbeitungsschritt sind dann aus dieser Prüfkulisse unter Hinweis auf den Planungsauftrag des Baugesetzbuches zur Steuerung und Lenkung geeigneter Flächen für Windenergieanlagen über die Konzentration der Windenergienutzung durch Festlegung entsprechender Konzentrationsgebiete im Zuge der Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes durch den Verbandsgemeinderat zu beraten und zu entscheiden.

Vorab räumte der Verbandsgemeinderat den verbandsgemeindeangehörigen Ortsgemeinden die Möglichkeit ein, sich zu dem vorgestellten Planungsstand über die Prüfkulisse zu äußern und Stellung zu beziehen. Zudem wies der Verbandsgemeinderat darauf hin, dass die Auswirkungen auf touristische Belange durch die einzelnen Ortsgemeinden im Entscheidungsprozess betrachtet werden sollen.

Außerdem drückte der Verbandsgemeinderat zum Erreichen einer breiten Akzeptanz des künftigen Bauleitplans die außerordentliche Wichtigkeit des Zustandekommens eines Solidarfonds „Windenergie“ aus. Daher bittet man die bisher unentschlossenen Ortsgemeinden, den Sachverhalt nochmals ausführlich zu erörtern und die Teilnahmebereitschaft am Solidarfonds zu signalisieren.

In der Ortsgemeinde Immert liegen Potentialflächen im südöstlichen Bereich des Gemarkungsgebietes. Die Lage der Prüfkulisse stellte man den Ratsmitgliedern anhand des in der **Anlage** zur Niederschrift beiliegenden Übersichtsplans vor und erläuterte den Planinhalt.

In der anschließenden Beratung vertrat der Ortsgemeinderat die Auffassung, die Potentialflächen im südöstlichen Bereich des Gemarkungsgebietes (Planskizze 9a und 8a) - vgl. **Anlage** - künftig als Konzentrationsgebiete bei der anstehenden Fortschreibung des Flächennutzungsplans zu berücksichtigen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Im Hinblick auf die Vereinbarung eines Solidarfonds „Windenergie“ trug man vor, dass im Zuge vergangener Ortsbürgermeisterdienstbesprechungen man zu einem fairen und gerechten Interessensausgleich der Ortsgemeinden untereinander die Vereinbarung eines Solidarfonds für die Errichtung künftiger Windenergieanlagen diskutierte. Sinn der Regelung ist es, aufgrund der gemarkungsübergreifenden Wirkung von Windenergieanlagen neben den Standortgemeinden auch die sonstigen der Verbandsgemeinde angehörige Ortsgemeinden, auf deren Gemarkungen keine Windenergieanlagen errichtet werden können, an den Erlösen aus der Windkraftnutzung angemessen zu beteiligen. Dazu erstellte die Verwaltung als Beratungsgrundlage einen ersten Entwurf über die vertragliche Regelung eines Solidarfonds „Windenergie“. Demnach soll der Vertrag erstmalig auf Windenergieanlagen, die nach Inkrafttreten des Vertrags in Betrieb genommen werden, Anwendung finden. Bereits errichtete oder in Betrieb befindliche Windenergieanlagen fallen nicht unter die vertragliche Regelung. Laut Vertragsentwurf sollen 25 % der Pachteinnahmen in den Solidarfonds gezahlt werden, diese Einnahmen sind zu gleichen Teilen auf die der Verbandsgemeinde angehörenden Ortsgemeinden zu verteilen, auf deren Gemarkungen keine Konzentrationsgebiete für Windenergieanlagen ausgewiesen werden können. Die Kosten der Flächennutzungsplanung übernimmt die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Vereinbarkeit eines Solidarfonds mit den haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere mit dem Haushaltsausgleichsgebot nach § 93 Absatz 4 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz zu verweisen.

Nach eingehender Erörterung stimmte der Ortsgemeinderat grundsätzlich der dargelegten Vereinbarung eines Solidarfonds „Windenergie“ zu.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Beschluss: Der Ortsgemeinderat Immert beschließt nach eingehender Beratung, eine Interessenbeurkundung abzugeben und die Initiative des Landrats zur Gründung einer kommunalen Energiegesellschaft zu unterstützen. Die Ortsgemeinde erklärt sich grundsätzlich bereit, in der noch zu gründenden Planungsgesellschaft (AÖR/GmbH) mitzuwirken. Die endgültige Abstimmung über die Form der Teilnahme an der Energiegesellschaft wird zurückgestellt, bis die abschließenden Verträge vorliegen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu TOP 4: Informationen

Der Vorsitzende informierte über folgende Angelegenheiten:

a. Stand der Umbaumaßnahmen Bürgerhaus:

b. Sachstand Flurbereinigung

c. Brandschutzkonzept

Dem Ortsgemeinderat wurde das Brandschutzkonzept der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zur Kenntnisnahme vorgelegt.

d. Preisanpassung Straßenbeleuchtung

Ab dem 1.1.2013 steigt der Preis je Straßenleuchte auf 31,65 €.

e. Kontrolle der Bäume

Der Rat wurde über ein Schreiben der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf informiert. Dabei soll jede Ortsgemeinde sämtliche Bäume auf diverse Schäden etc. kontrollieren.

f. die Aktion RWE – Aktiv vor Ort